

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

82 (5.4.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgehoben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 5. April 1952

9r. 82

Regel Fremdenverkehr im Südwesten

Berlin (UP). Ministerialdirektor Baumann gab auf der fünften Arbeitstagung des Beirates der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr (ZDFV) in Berlin bekannt, daß die Tätigkeit der jetzt im Ausland mit elf Büros vertretenen Fremdenverkehrswerbung zu einer fünfzigprozentigen Steigerung der Ausländerbesuche im Bundesgebiet geführt hat. Während die Zahl der Übernachtungen im Jahre 1950 2,3 Millionen betragen habe, seien es 1951 3,4 Millionen Übernachtungen gewesen. Die meisten Ausländerbesuche seien im letzten Jahre im Gebiet des Südweststaates zu verzeichnen gewesen (22,5 Prozent der Übernachtungen); Bayern folge mit 21,7 Prozent. Das deutsche Hotelgewerbe verfügte heute wieder über 332 000 Betten gegenüber 134 000 im Jahre 1945.

Frankreich weist vier Juden aus

Paris (ZSH). Die französische Polizei hat vier israelische Staatsbürger, die Angehörige der rechtsradikalen Herut-Partei sind, ausgewiesen. Eine Pariser Zeitung behauptete, daß die Ausweisung mit dem Attentatsversuch auf Bundeskanzler Adenauer in Verbindung stehe. Dies wurde von der Pariser Polizei jedoch nicht bestätigt. Die Herut-Partei hat bereits beim französischen Gesandten in Tel Aviv gegen die Ausweisung protestiert und dabei betont, daß die Sprengstoffanschläge nicht von ihren Mitgliedern ausgeführt wurden.

Der Leiter der deutschen Delegation bei den deutsch-jüdisch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen im Haag, Dr. Böhm, reiste unerwartet nach Bonn ab.

Pinay stellt zweimal Vertrauensfrage

Dramatische Sitzung der Nationalversammlung Paris (UP). Ministerpräsident Pinay konnte im Verlaufe der Nachtsitzung der französischen Nationalversammlung nur mit Mühe durch seine Ministerkollegen davor zurückgehalten werden, Staatspräsident Auriol seinen Rücktritt anzubieten. Bei der Debatte über die von Pinay in seinem Budget-Entwurf geforderte Steuererhöhung konnte der Regierungschef zunächst einen Sieg für sich verbuchen, als die Abgeordneten mit 336 zu 206 Stimmen entschieden, diesen Vorschlag Pinays zu beraten. In der darauffolgenden Debatte trieb die Opposition wiederum ihre schon in früheren Abschnitten der Debatte verfolgte Obstruktionspolitik. Darauf entschlöß sich der Ministerpräsident mit der Abstimmung über diesen entscheidenden Abschnitt des Haushaltsplanes die Vertrauensfrage zu verbinden und machte wenige Minuten später erneut von diesem parlamentarischen Kampfmittel anlässlich eines weniger wichtigen Absatzes Gebrauch.

Erschöpft von der Anstrengung, brach Pinay dann die Debatte ab und stürmte mit allen Anzeichen des Unwillens aus dem Saal. Allgemein wurde angenommen, daß der 60 Jahre alte Kabinettschef, des ewigen Kampfes müde, dem Präsidenten seinen Rücktritt anbieten wollte. Einige seiner Minister ergriffen Pinay jedoch am Arm und führten ihn in ein Beratungszimmer. Nach einer halbtägigen Konferenz mit seinen Kollegen erschien der Ministerpräsident erneut in der Nationalversammlung, und die Abgeordneten setzten die Debatte fort.

Eisenhower schreibt Rücktrittsgesuch

Paris (UP). General Eisenhower ist nach einer zuverlässigen Mitteilung aus seiner Umgebung gegenwärtig damit beschäftigt, sein Rücktrittsgesuch zu entwerfen. Wie verlautet, will Eisenhower bald nach dem 15. Mai nach den USA abreisen, um dort an der Kampagne für die Präsidentenwahl teilzunehmen.

Überraschender Erfolg der Labour

Bei den Stadtratswahlen in London

London (UP). Die Labour Party hat bei den Londoner Stadtratswahlen einen überraschenden und großen Erfolg errungen. Die Niederlage der Konservativen bei dieser ersten Befragung der Wähler seit den Parlamentswahlen im vergangenen Oktober bedeutet für die Regierung Churchill zweifellos eine schmerzliche Überraschung, wenn auch bei den Londoner Gemeindevahlen in erster Linie Fragen von lokalem Interesse zur Diskussion standen.

Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen für den Londoner „County Council“ lauten: Labour Party 92 Sitze, Konservative 37 Sitze. Im alten Londoner County Council saßen je 64 Konservative und Sozialisten sowie ein Liberaler. Die Liberale Partei verlor ihren einzigen Sitz. Die Mehrheit der Labour in London ist die größte, die diese Partei jemals besaß.

Auch in der Grafschaft Middlesex haben die Konservativen beträchtlich an Boden verloren. Das Endergebnis für Middlesex ist: Konservative 46 Sitze, Labour Party 41 Sitze. Im alten County Council, der drei Sitze mehr hatte, saßen 67 Konservative und nur 23 Labour-Abgeordnete.

Saardebatte für 23. April angesetzt

Proteste gegen Besatzungswillkür - Beschlagnahme nur mit deutschem Einverständnis

Bonn (ZSH). Der Bundestag wird auf seiner ersten Sitzung nach Ostern am 23. April die Saarfrage erörtern. Nachdem der Antrag der SPD, der Bundeskanzler möge sofort über seine Saarverhandlungen in Paris berichten, von den Regierungsparteien abgelehnt worden war, hat nun der Ältestenrat den 23. April als Termin für dieses Thema festgesetzt.

Die Sprecher aller Fraktionen protestierten am Freitag auf der letzten Bundestagsitzung vor Ostern scharf gegen Beschlagnahmen von Land und Gebäuden für militärische Zwecke durch die Besatzungsmächte. Alle Abgeordneten stützten einen Antrag des Auswärtigen Ausschusses zu, wonach die Bundesregierung bei den Besatzungsmächten erwirken soll, daß Beschlagnahmen für Flugplatzanlagen, Truppenübungsgebiete und für die Unterbringung von Truppen nur noch durch Bundesorgane und nur mit deren Einverständnis vorgenommen werden dürfen. Durch die Einschaltung der deutschen Behörden sollen unnötige Härten bei der Beschlagnahme, wie sie bisher in vielen Fällen aufgetreten sind, vermieden werden. Die Bundesregierung soll zur Durchführung dieser Beschlagnahme einen Gesetzentwurf vorlegen, der unter anderem vorsieht, daß Ackerland nur in äußersten Fällen in Anspruch genommen wird. Bei der Beschlagnahme von Schwimmbädern, Sportplätzen und anderen gemeinnützigen Anlagen soll sichergestellt werden, daß die Bevölkerung diese Anlagen mitbenutzen kann.

Der Antrag der Föderalistischen Union, in das Grundgesetz eine neue Bestimmung zum Schutz des Handwerks aufzunehmen, wurde an den Ausschuss überwiesen. Gleichfalls an die zuständigen Ausschüsse wurden zwei FDP-Anträge übermittelt, in denen steuerliche Erleichterungen für das Handwerk und technische Änderungen in der Altersversorgung des Handwerks gefordert werden.

Ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien, der „endlich“ die volle Durchführung des Gesetzes zur Gewährung der Teuerungszulage von 3.— DM für die sozial Schwachen ermöglichen soll, wurde auch an den Ausschuss überwiesen. Schließlich billigte der Bundestag einstimmig einen Antrag des Kultusausschusses, wonach die Bundesregierung den Kunsthandel mit den OEEC-Ländern zunächst auf ein Jahr liberalisieren und für die Einfuhr von Kunstwerken aus den anderen Ländern die erforderlichen Devisen zur Verfügung stellen soll.

Beratung des Lastenausgleichs

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zum Lastenausgleich wird am 6. Mai im Bundestag mit den Referaten von 13 Bericht-erstattern beginnen. Der vom zuständigen Ausschuss bearbeitete Entwurf umfaßt 400 Paragraphen. Die zweite und dritte Lesung und damit die Verabschiedung dieses umfangreichen Sozialgesetzes durch den Bundestag wird voraussichtlich mehrere Sitzungstage in Anspruch nehmen.

Der Vertriebenenausschuß der FDP hat die Zahlung eines bestimmten Prozentsatzes der Mehreinnahmen des Bundes aus den Umsatz-

steuern, den Verbrauchssteuern und den Zöllen vom Rechnungsjahr 1953 ab als Zuschuß des Bundes für den Lastenausgleich gefordert. Wie der Pressedienst der FDP mitteilte, stünden nach Auffassung des FDP-Vertriebenenausschusses die vorgesehenen Aufwendungen des Bundes für die Verteidigung in einem krassen Mißverhältnis zu dem unter dem Lastenausgleichsgesetz vorgesehenen Aufkommen. Dieses sehe in seiner gegenwärtigen Fassung die jährliche Aufbringung von rund 2,2 Milliarden DM vor.

Der Zentralverband der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten hat ebenfalls Änderungsvorschläge zum Lastenausgleichsentwurf veröffentlicht. In ihnen wird insbesondere die Erhöhung des Lastenausgleichsfonds durch Zuschüsse des Bundes, Heranziehung der Bundespost und Bundesbahn zur Vermögensabgabe, Ablehnung einer Freistellung des Besizes an Aktien, gleiche Behandlung der einheimischen Geschädigten und Festsetzung der Vermögensabgabe in jedem Falle durch Verrechnung des erlittenen Kriegsschadens mit dem abgabepflichtigen Vermögen gefordert. Hinsichtlich der Hauptentschädigung lehnt der Zentralverband die erst für 1957 vorgesehene Regelung ab; das Abschlußgesetz soll statt dessen bis spätestens Ende 1953 in Kraft treten.

Der Bundestagsausschuß zur Untersuchung der politischen Personalverhältnisse im Auswärtigen Amte vernahm in geheimer Sitzung den derzeitigen deutschen Botschafter in Griechenland, Werner von Grunherr. Die Untersuchung des Ausschusses sollen bis Anfang Mai beendet werden. Bis dahin sollen noch etwa zehn Zeugen vernommen werden.

Auch der Bundesrat hat seine letzte Sitzung vor Ostern abgehalten. Die Ländervertretung verabschiedete das Kriegsgräbergesetz, nach dem der Bund die Kosten für Kriegsgräber trägt. Das Gesetz über die Bildung einer Bundesanstalt für Auswanderungsfragen wurde vom Bundesrat genehmigt. Die Entscheidung über die zehnprozentige Erhöhung der Altbeamteten hat der Bundesrat auf den 23. April vertagt. Die Regierungsverordnung über die Mietpreiserhöhung wird erst gültig, wenn der Bundesrat zugestimmt hat.

Amtsauer der Betriebsräte

Der „Deutsche Beamtenbund“ tritt in einer Eingabe an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen dafür ein, die für dieses Jahr fälligen Betriebsrätewahlen in der Bundesrepublik „im Hinblick auf die bevorstehende Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes und eines Personalvertretungsgesetzes für den öffentlichen Dienst hinauszuschieben“. Der Beamtenbund verlangt in der Eingabe, die Amtsauer der zur Zeit eingesetzten Betriebsräte einheitlich durch Bundesgesetz so lange zu verlängern, bis Neuwahlen nach einwandfreien Rechtsvorschriften für das Personalvertretungswesen durchgeführt werden könnten. Eine Verschiebung erscheine auch deshalb notwendig, um einen zweimaligen Wahlkampf innerhalb kurzer Frist zu verhindern und damit Kosten und Zeit zu ersparen.

Noch dieses Jahr deutsche Luftfahrt

Gründung einer Luftverkehrsgesellschaft steht bevor - Seeborn enthüllt seine Pläne

Bonn (UP). Die erste Verkehrsmaschine mit den deutschen Farben wird bereits wenige Monate nach Abschluß des deutsch-alliierten Generalvertrags einen regelmäßigen innerdeutschen Linienverkehr aufnehmen, kündigte Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn vor der Presse in Bonn an.

Bis dahin wird auch die neue deutsche Luftverkehrsgesellschaft gegründet worden sein, die mit etwa 30 Maschinen und rund 150 Piloten sowohl deutsche als auch europäische und überseeische Routen befliegen will. Der Aufbau dieser deutschen Luftfahrtgesellschaft werde aber mindestens vier Jahre in Anspruch nehmen, meinte Seeborn.

Die Luftfahrtgesellschaft, die „eine Art Monopolstellung“ haben wird, werde im Laufe der Zeit wahrscheinlich einen Liniendienst wie die alte „Lufthansa“ einrichten, der sie auch im Kapitalaufbau gleichen dürfte. Es sei ein innerdeutscher Dienst, ein innereuropäischer Verkehr und ein Liniendienst nach Süd- und Nordamerika, Südafrika und Südostasien vorgesehen. Der innerdeutsche Dienst könnte sich, so erklärte der Minister, zunächst durch einige wenige Flugzeuge etwa in Form eines Rundfluges — Hamburg, München, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg — abwickeln lassen. Die Stadt Berlin dürfte in den innerdeutschen Verkehr noch nicht einbezogen werden, da die bestehenden Kontrollratsbestimmungen nur westalliierten Flugzeugen erlauben, in der Viersektorenstadt zu landen.

Die Luftfahrt soll der Bundesrepublik, so erläuterte der Verkehrsminister weiter, durch die Zusatzverträge zum Generalvertrag zurückgegeben werden. Erst dann werde der Abschluß von zweiseitigen Abkommen mit ausländischen Staaten über den Luftverkehr in Deutschland und im Ausland möglich sein. Im Mai will Seeborn bereits Vorschläge für

die neue Luftfahrtgesellschaft vorlegen. Sie soll als deutsche Gesellschaft ohne ausländisches Kapital unter Beteiligung von Bund, Ländern und Privatpersonen gebildet werden. Für die Gesamtausstattung werden rund 150 Millionen DM Investitionskapital veranschlagt. Die eigentliche Gesellschaft werde aber mit geringerem Kapital gegründet.

Die Maschinen der deutschen Gesellschaft müßten voraussichtlich im Ausland — und zwar in erster Linie in den USA — angekauft werden. Zur Zeit bestehe eine Lieferfrist von zwei Jahren für fabrikneue Flugzeuge. Die Ausbildungskosten für einen Piloten bezifferte Seeborn auf rund 100 000 DM. Der Andrang aller Lufthansa-Piloten und Luftwaffenflieger sei groß, doch werde man nur bis zu einem gewissen Grade auf alte Kräfte zurückgreifen.

Einheitlicher Wetterdienst

Das Bundeskabinett verabschiedete eine Gesetzesvorlage, durch die aus den bisherigen meteorologischen Diensten in den drei Besatzungszonen ein einheitlicher Bundeswetterdienst gebildet werden soll.

Die Minister erörterten ferner den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen mit den Alliierten über die Ablösung des Besatzungsstatus und die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Auch Vertreter der Koalitionsparteien nahmen an der letzten Kabinettsitzung vor Ostern teil.

Die Sowjetunion hat die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen, weil sich die kubanischen Zollbehörden geweigert hätten, das Gepäck von zwei sowjetischen diplomatischen Kurierern unkontrolliert durchzulassen.

Wien - Herzstück Europas

Von Otto Wengraf

Man sollte es nicht für möglich halten: da kämpft die ganze westliche Welt gegen den Kommunismus, hält Konferenzen ab und investiert Milliarden in Rüstungen, doch wenn sich irgendwo auf Gottes Erde — wie z. B. in Österreich — ein kleines Land dank seiner Zähigkeit, seiner Lebenswürdigkeit und seiner Fähigkeit, die Gegensätze auszubalancieren, noch auf den Beinen hält, sind es westliche Journalisten, die offenbar den Tag nicht erwarten können, wo auch diese letzte Bastion der Freiheit im halbverlorenen Mitteleuropa noch einstürzt.

Eine Meldung in der „New York Times“, daß man in österreichischen Regierungskreisen mit der Möglichkeit einer Teilung des Landes rechne, hat in eben diesen Kreisen konsternierend gewirkt und die Bevölkerung selbst, insbesondere die Wiener, überhaupt nicht interessiert. Aus dem einfachen Grunde, weil niemand hier im Lande an eine solche Möglichkeit auch nur denkt, geschweige denn Konsequenzen zieht. Daß einige Zugereiste sich dabei den letzten Antrieben geben, um zu verschwinden, ist eher erfreulich als deprimierend.

Österreich ist nicht Deutschland. Das Land war nie geteilt, seine politische und wirtschaftliche Entwicklung geht seit 1945 nach einheitlichen Gesichtspunkten vor sich und die kommunistische Partei mag vielleicht in den Hirnen von sensationellsten Reportern eine bedrohliche Gefahr sein, in der österreichischen Wirklichkeit aber wird sie über ihre fünf traditionellen Prozente kaum je hinauskommen. Man ist sich offenbar in manchen Kreisen des Westens und auch Deutschlands der wirklichen Bedeutung Wiens für die europäische Freiheit nicht bewußt.

Ein Vergleich mit Berlin ist völlig abwegig. Berlin hat nie die zentrale europäische Bedeutung besessen wie Wien sie heute noch hat. Es war zwar die Hauptstadt eines großen Reiches, seine Bedeutung aber ergab sich aus der Bedeutung Deutschlands. Berlin konnte und kann aus der Luft versorgt werden. Der Fall Berlins wäre ein schwerer Schlag für alle freiheitlichen Menschen, aber er würde die westliche Front, von moralischen Prestigeverlusten abgesehen, zunächst nicht erschüttern.

Bei Wien liegen die Dinge anders. Wien war bis 1918 Hauptstadt eines Neuvölkerstaates und blieb der geistige und zum Teil wirtschaftliche Mittelpunkt bis zum Anschluß 1938 und darüber hinaus. Wien ist heute das Symbol der Freiheit, die Hoffnung auf Erlösung für die Völker Ungarns, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und auch Rußlands. Auf seinen Widerstand vertraut die Welt hinter dem Eisernen Vorhang, die auch noch Europa ist, wie einst, als die Türken gegen das Abendland rannten.

Die Regierungen und die Presse der westlichen Welt sind es bereits so gewohnt, in Massen und Zahlen zu denken, daß sie die Bedeutung der geistigen und seelischen Werte für die Entscheidung vielfach aus dem Auge verloren haben und glauben, daß nur der massierte Einsatz materieller Machtmittel allein imstande ist, die Freiheit zu retten. Und hier gerade beweist das kleine Österreich, daß man mit den Mitteln der klugen Diplomatie, der Nachgiebigkeit im einzelnen, ohne das Grundsätzliche aufzugeben, mehr erreichen kann, als mit Luftbrücken und UNO-Armeen. Wien ist nicht ein vorgeschobener Stützpunkt, den man nach Belieben wieder auflassen kann, es ist das Herzstück eines Europas, wenn auch dessen größter Teil derzeit in asiatischen Händen ist.

Es ist den meisten Österreichern vollkommen gleichgültig, ob man über einen Skulpturenvertrag oder einen Staatsvertrag redet; an ein Zustandekommen glaubt sowieso niemand, zumindest nicht mehr als ein Wunder. Man möchte nur nicht allzu viel im Rampenlicht stehen und zum Handels- und Kompensationsobjekt der Blöcke werden. Es gibt eben ewerlei Wien: Das Wien der Agenten und Spione, der sensationellsten Reporter und der Alliierten, und das Wien, das wohl verarmt und zurückgezogen, aber immer noch sein eigenes Leben lebt, das es seit Jahrhunderten gewohnt ist — lüchelnd, raunzend und sich selbst leicht ironisierend, aber nicht im entferntesten daran denkend, sich wegen des Kriegsgeschreis der anderen aus der Ruhe bringen zu lassen. Das Gerede von der Alpenfestung und den sagenhaften zehn Divisionen für General Eisenhower lohnte nicht einmal die Druckerschwärze, so wenig Anklang fand es.

Man kann ruhig weiter nach Österreich fahren, nach ganz Österreich ohne Unterschied der Zone. Man wird weder verschleppt, noch aufgehenkt, es sei denn, man hätte seine Pöten in Dingen, in die ordentliche Menschen ihre ihren nicht hineinstecken. Es ist übrigens in Deutschland wenig bekannt, daß nun auch die Einreise per Bahn nach Wien schon wesentlich leichter ist und derartige Visa-Ansuchen durchaus Aussicht auf Erlidigung haben.

Der ganze Rummel der „New York Times“ hat wieder nur den Russen geholfen, neue Argumente über die „bösen“ Absichten der Westmächte zusammenzutragen. Hoffentlich stehen derartige Verfasser nicht auch in Sowjetdiensten wie die Atomspione. Es hat manchmal fast den Anschein. Sei dem wie immer. In Österreich wird es nach den Wor-

ten des österreichischen Vizekanzlers und des Innenministers (beide Sozialisten) weder eine Diktatur, noch eine Volksdemokratie geben. Und in diesem Punkt haben sie 95 Prozent der Bevölkerung auf ihrer Seite.

Bahn für zweigleisige Rheinbrücke Wiederaufbau am alten Platz vorgesehen

Ludwigshafen (lrp). Die Hauptverwaltung der Bundesbahn in Offenbach hat mit Nachdruck festgestellt, daß entgegen dem Standpunkt der Eisenbahndirektion Stuttgart für die Verbindung Ludwigshafen-Mannheim keine viergleisige, sondern nur eine zweigleisige Brücke über den Rhein gebaut werden solle.

Auf einer Besprechung in Offenbach, an der die Oberbürgermeister der Städte Ludwigshafen und Mannheim, die beiden zuständigen Industrie- und Handelskammern und die kommunale Arbeitsgemeinschaft „Rhein-Neckar“ teilnahmen, wurde von Seiten der Hauptverwaltung betont, daß im Brückenbauprogramm der Bundesbahn die Eisenbahnbrücke Ludwigshafen-Mannheim an zweiter Stelle rangiere. An erster Stelle stehe der Wiederaufbau der Kaiserbrücke bei Mainz, der in möglichst kurzer Zeit wegen der Wichtigkeit des Projektes vollendet werden solle. Wie hierzu weiter mitgeteilt wurde, kann unter Umständen jedoch mit einem früheren Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke Ludwigshafen-Mannheim gerechnet werden, wenn es der Bundesbahn gelingt, dafür die nötigen Mittel auf dem Kreditwege zu bekommen. Die Eisenbahnbrücke soll an ihrem alten Platz, südlich der Straßenbrücke, wieder errichtet werden.

Von Seiten der beiden Städte wird bereits seit längerer Zeit Klage darüber geführt, daß die Straßenbrücke über den Rhein den Ansprüchen des Verkehrs nicht mehr gewachsen ist. Wenn die Eisenbahnbrücke an ihrem alten Platz wieder aufgebaut würde, dann könne die jetzige eingleisige Eisenbahnbrücke zur zweiten Fahrbahn umgebaut werden, die im Kleinbahnverkehr befahren werden könnte. Dieser Umbau sei jedoch nur mit Unterstützung des Bundes und der Länder möglich.

20-Zentner-Mine im Stauwehr

Deutsches Fabrikat mit US-Zünder
Hirschhorn am Neckar (Isw). Im Rechen des Hirschhorn Stauwehrs wurde am Mittwoch eine hochempfindliche 20 Zentner schwere Mine gefunden. Die Mine wurde mit größter Vorsicht mit einem Kran gehoben und von einem Sprengkommando entfernt. Das Sprengkommando stellte fest, daß es sich um eine scharfe Seemine deutscher Fabrikation mit amerikanischem Zünder handelt. Die Vermutung liegt nahe, daß diese zwei Meter lange und zwanzig Zentner schwere Mine während des Krieges von Amerikanern erbeutet und zur Vernichtung des Hirschhorn Stauwehrs abgeworfen wurde. Das treibende Hochwasser spülte jetzt die Mine, die Jahre hindurch im Schlamm gelegen hatte, frei und trug sie bis zum Stauwehr.

Die Entschärfung war außerordentlich schwierig, da die Amerikaner das deutsche Zündsystem verändert hatten. Welch große Gefahr mit der frühzeitigen Entdeckung des großen Explosivkörpers im Rechen des Stauwehrs beseitigt wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß die Mine dreifach empfindlich war. Sie hätte durch akustische Einwirkungen (Schiffsschraubengeräusch), magnetische Einflüsse (Nähe von Eisenteilen) sowie durch Druck zur Explosion gebracht werden können. Durch die Explosion der Seemine wäre das Stauwehr fast völlig zerstört worden.

Zwei Explosionen an einem Tag

Vier Tote in Düsseldorf — Ein Toter bei einem Unglück im Kreis Öhringen

Düsseldorf (UP). Bei einer schweren Chlorgas-Kessel-Explosion, die sich in den ersten Morgenstunden des Freitag auf dem Gelände der „Aschaffenburger Zellstoff AG.“ — Werk Walsum“ im Ruhrgebiet ereignete, kamen vier Betriebsangehörige ums Leben; fast 200 Personen erlitten Gasvergiftungen. Über 100 Vergiftete liegen noch in den Krankenhäusern, acht von ihnen befinden sich in Lebensgefahr.

Gegen ein Uhr früh war ein Kessel, der 15 Tonnen flüssiges Chlor enthielt, aus bisher unbekanntem Grund mit dumpfem Knall explodiert. Der ihn umgebende Bunker platzte, und das entströmende Chlor bildete, mit Luft vermischt, eine schwere Gaswolke, die sich über das Werk und die angrenzenden Wohnviertel verbreitete. Dem schnellen Einsatz von Polizei und Feuerwehren war es zu verdanken, daß die Bevölkerung rasch aus dem gefährdeten Stadtteil evakuiert werden konnte. In einer Wohnung entdeckten die Räumungsarbeiter drei Frauen und ein Kind, die unter Einwirkung des Gases bereits das Bewußtsein verloren hatten. Für drei Stunden der Nacht bestand offiziell „akute Gasgefahr“, jedoch konnte die Alarmstufe um sechs Uhr früh zurückgezogen werden.

Durch die Explosion entstanden nur geringe Sachschäden, die Produktion des Werkes wurde nicht unterbrochen. Das im Zellstoff-Werk hergestellte Chlor wird in Verbindung mit Kalkmilch zum Bleichen von Holz verwendet.

Eine zweite Explosion ereignete sich in der Pulverfabrik Adolfsfurt im Kreis Öhringen. Dort explodierte ein mit Pulver gefüllter Bunker. Ein 24 Jahre alter Arbeiter wurde getötet, während eine Frau leichtere Verletzungen erlitt. Der massiv gebaute Bunker wurde völlig zerstört. Die Explosion, die in einem Umkreis von 4 km zu hören war, hatte eine solche Wucht, daß die Steinbrocken des Bunkers etwa einen Kilometer weit geschleudert wurden. Dabei wurden mehrere Telefonleitungen zerrissen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. In der Fabrik in Adolfsfurt wird hauptsächlich Schwarzpulver für Feuerwerkskörper hergestellt. Bereits vor zwei Jahren hatte sich in diesem Werk eine Explosion ereignet.

Drei Jahre Atlantikpakt-Organisation

Feier in Washington — Acheson: Mehr als nur militärische Bedeutung

Washington (UP). Die Atlantikpakt-Organisation (NATO) wurde am Freitag drei Jahre alt. Der dritte Jahrestag der Unterzeichnung des Paktes wurde in der amerikanischen Bundeshauptstadt mit einer Feier begangen, in der Präsident Truman, die zu einem Staatsbesuch in den USA weilende niederländische Königin Juliana und Außenminister Acheson das Wort ergriffen.

Truman sagte, das gemeinsame Ziel der Atlantikpaktstaaten sei mehr als Aufrüstung. Die Mitglieder der NATO bemühten sich vielmehr, eine gemeinsame Grundlage für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der ganzen Menschheit zu schaffen. „Wir haben nicht die Absicht, die atlantische Gemeinschaft in eine ungeheure Kaserne zu verwandeln, die nur militärische Zwecke kennt. Unser Ziel ist vielmehr, die Drohung eines neuen Krieges zu beseitigen und damit die Kräfte des menschlichen Fortschritts freizumachen.“

Königin Juliana bekräftigte die Worte Trumans und sagte, die Atlantikpaktstaaten müßten ein positives Programm haben, um den Frieden zu gewinnen. Die Mitglieder des Paktes müßten alle ihre Kräfte in den Dienst des Friedens stellen, „denn Mut auf dem Schlachtfeld kann niemals größer sein als moralischer Mut“.

Acheson wies in seiner Ansprache darauf hin, daß der Atlantikpakt eine mehr als nur militärische Bedeutung habe. Der Außenminister erinnerte an die Einigungsbestrebungen in Europa und sagte: „Bei all diesen Bemühungen werden die überkommenen nationalen Rivalitäten der gemeinsamen Ent-

schlossenheit dieser Völker untergeordnet, ihre Freiheit zu bewahren. Am 4. April 1949 begann ein großartiger Versuch internationaler Zusammenarbeit. Es ist ein Experiment, dessen Ziele Einigkeit, Stärke, Frieden und Fortschritt lauten.“

In London trat gleichzeitig Lord Ismay seinen Posten als Generalsekretär der NATO an. Das Generalsekretariat übernimmt die Funktionen des bisherigen Rates der Stellvertreter, dessen Vorsitzender, Charles W. Spofford, in die USA zurückkehrt, wo er sich wieder privaten Aufgaben zuwenden wird.

An der Londoner Feier nahm auch der Stellvertreter General Eisenhowers, General Gruenther, teil, der die Grüße des NATO-Oberkommandierenden aus Paris überbrachte. Auch die Delegierten von Belgien, Frankreich, Norwegen und Griechenland hielten kurze Ansprachen.

Der schwedische Verteidigungsminister Claesson gab bekannt, daß Kanada im Laufe dieses Jahres neben der bereits angekündigten Brigade und den versprochenen vier Jagdflieger-Staffeln den nordatlantischen Verteidigungsstreitkräften 24 Kriegsschiffseinheiten zur Verfügung stellen wird.

Schweden tritt NATO nicht bei
Der schwedische Ministerpräsident Siden Tage Erländer, der zu einem privaten Besuch in den USA weilte, erklärte, daß Schweden zu Zeit nicht beabsichtige, der NATO beizutreten. Schwedens historische Traditionen, seine geographische Lage und die Beziehungen zu Finnland machten es unmöglich, der NATO beizutreten. Schwedens Eintritt in die NATO würde Finnland kompromittieren.

Verhandlungen ins Stocken geraten

Finanzabkommen verzögern sich — Vierer-Konferenz in Mählem

Bonn (UP). Die deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts sind wegen der noch nicht abgeschlossenen Finanzabkommen erneut verzögert worden. Die Aussprache der drei Hochkommissare mit dem Bundeskanzler am Freitag drehte sich deshalb hauptsächlich um die übrigen 20 noch ungeklärten Punkte der Zusatzverträge.

Die Finanzabkommen beziehen sich unter anderem auf die steuerliche Belastung und die Steuer- und Zollbefreiungen für die Angehörigen der Besatzungsmächte im Bundesgebiet nach dem Abschluß der Verträge. Hierbei sollen vor allem deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten eine Einigung erschweren. Frankreichs Hochkommissar hatte schon vor drei Wochen in einer Pressekonferenz bemerkt, wenn Bundesfinanzminister Dr. Schäffer nicht eine „so harte Nuß“ wäre, dann könnten die Vertragsverhandlungen wesentlich schneller beendet werden. Schäffer aber befindet sich gegenwärtig auf Urjaub.

Die Vertreter der drei Westmächte und der Kanzler versuchten in einer Sitzung, die bis in die frühen Morgenstunden des Samstag andauerte, in den Beratungen voran zu kommen. In Mählem, dem Amtssitz des US-Hochkommissars, tagten sowohl die Sachverständigen als auch der Lenkungsausschuß gleichzeitig mit den „Großen Vier“. Der Erfolg dieser Verhandlungen scheint nicht sehr groß gewesen zu sein, denn in alliierten Kreisen ist man nach wie vor skeptisch gegenüber der Meinung des Bundeskanzlers, die Verträge könnten schon im Mai unterzeichnet werden.

Hochkommissar McCloy wird in den nächsten Tagen nach Washington fliegen, um dem Kongreß über den Finanzplan für das kommende Etatjahr zu berichten. In Kreisen der Hochkommission nimmt man an, daß bis zu diesem Zeitpunkt die noch offenen Fragen des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrags geklärt sein werden.

Die „Hand der Rächer“ ist am Werk

Hinter den Kulissen Nordafrikas — Ein neues Instrument der Moslembrüderschaft

Tanger (E.B.). Während in Tunis die französische Geheimpolizei dabei ist, weit verzweigten mysteriösen Organisationen auf die Spur zu kommen, während Übergriffe aus dem Eingeborenen-Viertel von Tanger auf das internationale Viertel sich immer häufiger ereignen, hat der Direktor des Sicherheitswesens in Ägypten, Mortaga Bey, bekannt gegeben, daß an der ägyptischen Grenze eine umfangreiche Organisation aufgedeckt worden ist, deren Existenz es unmöglich macht, in Ägypten vorerst den Belagerungszustand aufzuheben. Sowohl die Arabische Liga wie die Moslem-Brüderschaft sind bemüht, sich von dem Treiben dieser neuen Geheimorganisation nach außen hin zu distanzieren, um die eigene politische Aktionsfähigkeit nicht zu gefährden.

Die Experten des Sicherheitsdienstes in Nordafrika sind überzeugt, daß diese Geheimorganisation geschaffen worden ist, weil ihr alles das angeht und in die Schuhe geschoben werden kann, was an Brückensprengungen, Attentaten, Demonstrationen, Morden an Polizisten usw. sonst vielleicht den politischen arabischen nationalen Organisationen zur Last gelegt werden könnte.

Die eigentlichen Aktivisten sind im Augenblick die Anhänger der „Hand der Rächer“. Die Hand der Fatha ist die Hand der Rächer. Auch wenn die Moslem-Brüderschaft versichern wird, daß sie mit der Hand der Fatha nichts zu tun habe, so steht doch fest, daß die erste Anregung zur Schaffung einer solchen Aktivisten-Organisation von Hassan el Banna ausging. Der 1934 in Kairo die Moslembrüderschaft gründete. Er wurde dann am 12. Februar 1949 von Fanatikern dieser Organisation ermordet, weil die Anhänger der Aktivisten-Gruppe „Hand der Fatha“ von ihm plötzlich befürchteten, daß er seiner ursprünglichen Parole des Kampfes gegen die Weissen und gegen die Christen untreu geworden sei. Es wird behauptet, daß der Großmufti von Jerusalem mit der „Hand der Fatha“ in enger Beziehung steht.

Die gleichen Parolen, die in der Suez-Zone gegenüber den Engländern zu Zeiten der Hochspannung gebraucht wurden: „Sarg oder Koffer“, also Abreise oder Tod, werden heute in Tunis, in Marokko und sogar an der Hand der internationalen Zone von Tanger an die Häuser der Weissen geschrieben. Nicht umsonst hat man die „Hand der Fatha“ in den letzten Tagen die „Schwarze Hand“ getauft.

Neuer Überfall in Tunis

Tunesische Nationalisten überfielen 23 km landeinwärts von der Hafenstadt Gabes einen Omnibus. Sie töteten den Fahrer, beraubten die Passagiere und verbrannten das Fahr-

zeug. Der Überfall fand nur 40 km von Kehlbi entfernt statt, wo sich der tunesische Ministerpräsident Chenik und drei seiner Kabinettsmitglieder unter Hausarrest in französischem Gewahrsam befinden. Das nächtliche Ausgangsverbot in Tunis, das seit über zehn Tagen in Kraft war, um Zwischenfälle zu unterbinden, soll am Samstag aufgehoben werden.

Undurchsichtige Korruptionsfälle in USA

Justizminister entließ Untersuchungsbeauftragten — Truman entließ Justizminister

Washington (UP). Präsident Truman hat den amerikanischen Justizminister McGrath seines Postens entbunden, nachdem dieser seinerseits nur wenige Stunden vorher Newbold Morris, der von Präsidenten mit der Untersuchung der Korruptionsfälle in der Bundesverwaltung beauftragt worden war, fristlos entlassen hatte. Präsident Truman meldete lächelnd in einer Pressekonferenz, daß „alle Rücktritte natürlich freiwillig erfolgten“.

J. P. McGranery, Bundesrichter für Ost-Pennsylvania, wurde von Truman zum Nachfolger McGraths bestellt. Zur gleichen Zeit teilte Truman der Presse mit, daß der neue Generalstaatsanwalt die Aktion gegen die Korruptionsfälle fortsetzen werde.

Der von Truman entlassene McGrath gab klar zu verstehen, daß er „hinausgeworfen“ worden sei, denn er erklärte öffentlich: „Ich nehme diese Strafe für getane Pflichterfüllung beglückt an“. Seinem Amtsnachfolger sandte er ein Telegramm, in dem er ihm empfahl, „feuerfeste Arbeitshosen“ nach Washington mitzubringen. McGrath erklärte, er sei zum „Prügelknaben“ der Regierung geworden. „Wenn sich die Wolken verzogen haben, werde ich etwas mitteilen, das das ganze Land so erschüttern wird, wie niemals zuvor.“

Der von McGrath entlassene Morris erklärte, er habe sich bei einigen obersten Stellen gleich unbeliebt gemacht, als er tatsächlich damit begonnen habe, gegen Korruptionsfälle vorzugehen. Er führt seinen „Hinauswurf“ durch McGrath darauf zurück, daß er diesem kurz vorher einen Fragebogen über seine finanziellen Verhältnisse zugesandt habe.

Morris hatte sich mit einigen Mitgliedern des Senats überworfen, als er Untersuchungen gegen eine Firma einleitete, die „Überschuß“-Tanker ans Ausland verkaufte. Er scheute vor Angriffen auf leitende Kongreßmitglieder und hohe Regierungsbeamte auch in den Öffentlichkeit nicht zurück und zog sich dadurch die Feindschaft einflußreicher Persön-

lichkeiten zu. Morris meinte hierzu: „Das offizielle Washington wünscht nicht untersucht zu werden. Die Regierung ist jetzt wenigstens McGrath losgeworden. Wenn man mir sechs Monate Zeit gegeben hätte, wäre sie noch einige weitere Leute losgeworden.“

Annäherung in Pan Mun Jon?

Kriegsgefangenen-Ausschuß vertagte sich

Seoul (UP). General Ridgway, der Oberkommandierende der UN-Truppen im Fernen Osten, erklärte vor Pressevertretern in Munsan, seiner Ansicht nach seien in den letzten Verhandlungstagen in Pan Mun Jon Fortschritte erzielt worden. Zu gleicher Zeit wurde bekannt, daß die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses für die Kriegsgefangenenfrage auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurden. Der Sprecher der UN-Delegation, Brigadegeneral Nucklos, bemerkte jedoch, die Unterbrechung trage „konstruktiven“ Charakter. Es wird angenommen, daß Vorschläge gemacht wurden, die in Washington und Moskau „auf höchster Ebene“ überprüft werden müssen.

In den Verhandlungen des Unterausschusses für die Überwachung des bevorstehenden Waffenruheabkommens, soll die kommunistische Delegation den Vorschlag gemacht haben, daß die Kommunisten auf die Nominierung der Sowjetunion als „neutrale“ Überwachungsbehörde verzichten, falls die Alliierten ihrerseits keine Einwände gegen den Bau von Flugplätzen auf nordkoreanischem Gebiet während der Dauer des Waffenstillstandes erheben.

Eine umstrittene Kranzniederlegung

Darf eine deutsche Arbeitskompanie einen verstorbenen General ehren?

Ham Westfalen (UP). Gegen den deutschen Chef der in Werl stationierten Arbeitskompanie 3/GSO der belgischen Besatzungstruppen ist auf Anordnung britischer Dienststellen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Der Grund: vier uniformierte Angehörige dieser deutschen Einheit haben mit Billigung des Kompaniechefs an der Beisetzung des im Zuchthaus Werl verstorbenen Generals a.D. Mälzer teilgenommen. Der Verband Deutscher Soldaten hat sich sofort des Vorfalles angenommen.

Dem Kompaniechef der 3/G.S.O. wird vorgeworfen, daß die vier Männer seiner Einheit in der Uniform der Arbeitstruppen in der Leichenhalle des Marienhospitals zu Werl am offenen Sarg des Generals einen Kranz niedergelegt haben, der die Schleife „3/G.S.O.“ trug. Die Angehörigen dieser GSO-Einheit hatten sich vorher mit überwiegender Mehrheit für eine Teilnahme an der Beisetzung ausgesprochen. Unmittelbar nach dieser Kranzniederlegung seien sie von deutscher Polizei aufgefordert worden, sich bei der Militärpolizei zu melden. Nach einer Vernehmung seien die vier Männer dann wieder entlassen und an ihrer Stelle der Kompaniechef verhört worden, gegen den nun ein Ermittlungsverfahren läuft.

Ein Bundestagsabgeordneter warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob die GSO-Uniform nun eine Uniform der alliierten Streitkräfte oder, wie bisher von alliierten Stellen betont wurde, nur eine Arbeitskleidung sei. Wenn die Engländer dabei bleiben sollten, daß es sich nur um eine Arbeitskleidung handelt, so könne man niemanden verwehren, einer Beisetzung beizuwohnen. Schließlich werde auch einem zum Tode Verurteilten nach seiner Hinrichtung stets die letzte Ehre erwiesen.

Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf (UP). Der Landtag von Nordrhein-Westfalen nahm mit 110 Stimmen der CDU und des Zentrums gegen 94 Stimmen der Opposition ein neues Schulgesetz an, das drei Schularten vorsieht, deren Auswahl den Erziehungsberechtigten zusteht: die Bekenntnisschule, die Gemeinschaftsschule und die Weltanschauungsschule. Die Bekenntnisschule soll Kinder gleicher Religionszugehörigkeit vereinen. In der Gemeinschaftsschule sollen Kinder verschiedener Religionszugehörigkeit bei getrenntem Religionsunterricht gemeinsam unterrichtet werden. Die Weltanschauungsschule soll vollkommen außerhalb der christlichen Bekenntnisse stehen. Ein Antrag der Landtagsopposition — SPD/FDP — den Gemeinschaftsschulen die Bezeichnung „christlich“ beizugeben, wurde in einer Geheimabstimmung mit 108 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Personenzug fuhr auf eine Mine

Jülich (UP). Auf der Strecke Jülich-München-Gladbach ist ein fahrplanmäßiger Personenzug auf eine Mine gefahren. Durch die Explosion wurden die Lokomotive des Zuges und der Gleiskörper schwer beschädigt. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen. Wie die Ermittlungen ergeben haben, handelt es sich bei dem Sprengkörper um eine alte „Pionierfalle“, die seit Jahren zwischen den Gleisen im Boden gesteckt hatte. Bei Gleisarbeiten ist die Mine vermutlich in eine andere Lage versetzt worden, so daß die Lokomotive sie berühren konnte. Die ganze Umgebung der Bahnstrecke war Ende des Krieges vermint worden, die „Pionierfalle“ blieb jedoch bei späteren Minenräumungen unentdeckt.

Liebespaar gefährdet den Verkehr

Fallingb. (UP). Der von Walsrode im Kreis Fallingb. nach Visselhoevede verkehrende Personenzug mußte dieser Tage anhalten, als der Lokomotivführer im letzten Augenblick ein Liebespaar entdeckt hatte, das engumschlungen zwischen den Gleisen stand und die Umwelt völlig vergessen hatte. Erst als die Lokomotive laut piff und der Zugführer auf den Bahndamm stieg, bemerkte das Paar, in welcher Situation es sich befand. Der Liebhaber ergriff die Flucht, das Mädchen wurde bis zum nächsten Bahnhof mitgenommen und dort vernommen. Das Paar hat sich jetzt wegen Transportgefährdung zu verantworten.

Umschau in Karlsruhe

35 000 Arbeitslose weniger

Wiederbelebung der Bautätigkeit
Karlsruhe (Isw). Die Zahl der Arbeitslosen in Süddeutschland ist im März um insgesamt 35 143 zurückgegangen und betrug Ende vergangenen Monats noch 83 287. Dieser starke Rückgang ist fast ausschließlich auf das Eintreten günstigerer Witterungsverhältnisse und das damit verbundene Wiederaufleben der Bautätigkeit zurückzuführen. Gleichzeitig haben auch die von der Bauwirtschaft abhängigen Industrien sowie die Landwirtschaft eine Belebung erfahren.

Ist das nicht zuviel Aufwand?

Drei Häuser des Südweststaats in Bonn
Karlsruhe (Isw). Die bisherigen drei Häuser der drei südwestdeutschen Länder, die für die Vertretung in Bonn benötigt wurden, sollen auch weiterhin beibehalten werden. Das schönste Haus ist das der bisherigen Landesregierung, das als Sitz und Repräsentationshaus von Baden-Württemberg Verwendung finden soll. Das zweite soll die Angestellten aufnehmen und das dritte das Logierhaus für die Besucher der Bonner Vertretung dienen. Zu dem Hinweis, das neue Land solle doch billiger werden, erklärte man, daß auch das Land Hessen über drei Häuser in Bonn verfüge, obwohl dort die Sozialdemokratie den Ton angebe.

Karlsruhe. Die ehemaligen Angehörigen der 35. Infanteriedivision (Fisch-Division) treffen sich am 17. und 18. Mai in Karlsruhe zu einer Wiedersehensfeier. (Isw)

Aus der badischen Heimat

5000 DM für die Jugendförderung

Mannheim (Isw). Im Rahmen einer kleinen Feier hat der Leiter des Mannheimer amerikanischen Generalkonsulats, Mr. Tom Noonan, der Stadtverwaltung Mannheim einen Scheck über 5000 Mark überreicht. Dieser Betrag soll zur Förderung der Jugend in Mannheim verwandt werden.

Sieben Tote durch Verkehrsunfälle

Mannheim (Isw). Bei 215 Verkehrsunfällen, die sich im März in Mannheim ereigneten, wurden sieben Menschen getötet und 144 verletzt. Der Gesamtschaden wird, wie die Polizei mitteilte, auf 87 000 Mark geschätzt.

Führerloses Flugzeug flog 30 km

Heidelberg (Isw). In der Nähe von Reichelsheim im Odenwald stürzte ein einmotoriges amerikanisches Flugzeug ab. Die aus zwei Personen bestehende Besatzung war bereits über Lampenheim mittels Fallschirm „ausgestiegen“. Die Maschine hatte führerlos noch über 30 km zurückgelegt, ehe sie ihr Schicksal erlitt.

Heidelberg. Als letzte Stadt Nordbadens hat Heidelberg die Strom- und Gaspreise erhöht. Der Gaspreis wurde um zwei Pfennige je Kubikmeter und der Preis für Arbeitsstrom um einen Pfennig je Kilowatt hinaufgesetzt. (Isw)

Oberprimaner als Lebensretter

Tauberbischofsheim (Isw). Die Landräte von Tauberbischofsheim und Buchen, Anton Schwan und Franz Xaver Schmerbeck, überreichten im Tauberbischofsheimer Gymnasium dem Oberprimaner Hans Merten Götz aus Krauthelm im Auftrag des Ministerpräsidenten Dr. Maier die Ehrenurkunde für Rettung aus Lebensgefahr. Sie gedachten in anerkennenden Worten seiner tapferen Tat. Götz hatte im August vorigen Jahres während der Ferienfahrt fränkischer Schüler zwei Kinder bei dem Schiffsunglück des „Seestern“ aus dem Rhein vor dem Ertrinken gerettet.

Tauberbischofsheim. Das für den Kreis Tauberbischofsheim vorgesehene Kraftfahrzeugkennzeichen „TB“ wird von maßgeblichen Persönlichkeiten abgelehnt. (Isw)

Pforzheim präzisiert seine Wünsche

Pforzheim (Isw). Ein aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Landkreiselbstverwaltung, der wirtschaftlichen Organisationen und der Bürgerschaft des Kreises Pforzheim bestehender Ausschuss hat eine Landkarte veröffentlicht, in der die Wünsche Pforzheims nach einer Vergrößerung des Landkreises präzisiert sind. Danach sollen im Rahmen einer Neuerteilung der Kreise im südwestdeutschen Bundesland 27 Gemeinden des Kreises Calw, acht Gemeinden des Kreises Vaihingen/Enz und zwei Gemeinden des Kreises Leonberg in den Landkreis Pforzheim einbezogen werden. Die Einwohnerzahl des derzeitigen Landkreises Pforzheim würde sich dadurch von 56 000 auf 114 000 Einwohner erhöhen.

Deutsche prügeln Franzosen...

Freiburg (Isw). Ein französisches Gericht hat drei junge Deutsche zu je zwei Jahren Gefängnis mit einem Jahr Bewährungsfrist verurteilt. Die drei Jugendlichen hatten ohne ersichtlichen Grund nacheinander drei französische Soldaten in Böhningen bei R-dorfzell verprügelt. Einer der Soldaten mußte in die Klinik gebracht werden. Die drei Jugendlichen gaben vor Gericht an, sie hätten nur einen Streich machen wollen.

...Franzosen überfallen Deutsche

Baden-Baden (Isw). Zwei französische Soldaten überfielen grundlos einen älteren Mann, den sie zusammenschlugen. Da nichts entwendet wurde, ist anzunehmen, daß es keine verbrecherischen Gründe waren, die zu dieser Tat führten. Bereits vor einigen Wochen war ein Deutscher von zwei Franzosen niederknöpelt worden, ohne daß man erfahren hätte, daß die Täter irgendwie entdeckt wurden.

Schönheit recht rentabel

Baden-Baden (Isw). Bei dem Titel „Miss Germany“ hat man endlich einen Haken gefunden. Es geht daher Ende April und Anfang Mai um die „schönste Frau Deutschlands“, die in rund einem Dutzend westdeutscher Großstädte gesucht wird. Diese „Schönsten der Schönen“ dürfen sich dann am 10. Mai im Baden-Badener Kurhaus einer Jury stellen, welche die glückliche Siegerin auswählen wird. Sie wird mit einer Reisebegleiterin kostenfrei nach Long Beach (Kalifornien) fliegen, wo vom 23. bis 30. Juni der Titel „Die schönste Frau der Welt“ vererben wird, um ihn sich die „Schönheiten“ von 38 Staaten zu bewerben. Die „Allerschönste“ wird nicht nur einen Blumenstrauß — und was so dazu gehört — erhalten, sondern auch einen für sechs Monate garantierten Filmvertrag mit einer Gage von 5000 Dollar. Außerdem darf sie sechs Monate filmen und hat — bei Eignung natürlich — die Möglichkeit, den Vertrag auf sieben Jahre zu verlängern bei erhöhter Gage. Die ihr bei dem „Rennen“ folgenden „Nixen“, soweit sie den ersten bis fünften Platz belegen, erhalten ebenfalls Filmverträge und je 1000 Dollar als Preise. Man sieht also: Schönheit recht rentabel gemacht.

Offenburg. Etwa 100 Delegierte der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik treffen sich über das Wochenende in Offenburg zum ersten gemeinsamen Bezirkstag von Baden und Württemberg. (Isw)

Weinernte 1951 brachte 17,1 Millionen DM

Freiburg (Isw). 217 842 hl Wein sind im vergangenen Jahr in Südbaden auf einer Rebfläche von 4468 Hektar geerntet worden. Das ergibt einen Hektar-Ertrag von 48,8 hl. Für den hl wurden durchschnittlich 78,70 DM bezahlt, so daß der Wert der gesamten Ernte rund 17,1 Millionen DM betrug. Die Ernte im Vorjahr hatte teils wegen einer größeren Ertragsfläche und eines höheren Hektoliterwertes rund 3 Millionen DM mehr ergeben.

Neuer Protest gegen Sprengschächte

Waldshut (Isw). In einem Telegramm an den Bundeskanzler hat nunmehr auch der Stadtrat von Waldshut am Oberrhein gegen den Bau von Sprengschächten für die Rheinarmee protestiert. Die Dienststelle Blank hatte mitteilen lassen, die zuständigen Stellen der Rheinarmee hätten erklärt, aus taktischen Gründen könne auf diese Sprengschächte nicht verzichtet werden. In einer Sondersitzung des Waldshuter Stadtparlamentes wurde das Projekt als „unsinnig“ bezeichnet. Der Bau dieser Sprengkammern werde bei der Bevölkerung eine Entrüstung hervorrufen, die nicht dem Frieden und der Verständigung mit Frankreich diene. Man würde der Sicherheit besser dienen, wenn man das Geld, statt es buchstäblich in der Erde zu verbergen, zur Durchführung sozialer Maßnahmen zum Wohle des Volkes verwende.

Ein Betrüger mit 200 falschen Namen

Konstanz (Isw). Die Kriminalpolizei Konstanz nahm einen 50jährigen Mann fest, der in den letzten beiden Jahren durch das ganze Bundesgebiet gezogen ist und wegen Betrugs und Unterschlagung von sieben Behörden gesucht wird. In Konstanz war der Festgenommene in einem Hotel unter falschem Namen abgestiegen und hatte anschließend mehrere kleinere Betrügereien begangen. Ausweisepapiere trug er keine bei sich. Bei seiner Festnahme sagte er, er sei froh, daß man ihn festgenommen habe. Er sei in den letzten Jahren unter 200 falschen Namen gereist und wisse selbst nicht mehr, wie er sich nennen solle.

Vorläufiger Name: Baden-Württemberg

Erste gantztägige Arbeitssitzung des Verfassungsausschusses

Stuttgart (Isw). Der Verfassungsausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung Süddeutschlands hat in seiner ersten Arbeitssitzung die von den Fraktionen der CDU, der SPD und der DVP/FDP eingebrachten Initiativgesetzentwürfe über die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt im neuen südwestdeutschen Bundesland — Überleitungsgesetz — beraten.

In erster Lesung sind vom Ausschuss in seiner gantztägigen Sitzung eine Reihe von Abschnitten verabschiedet worden, bei denen in den Entwürfen der drei Parteien in vielen Punkten Übereinstimmung besteht. Noch nicht behandelt wurde die umstrittene Frage des Verwaltungsaufbaues im neuen Bundesland. Damit wird sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung am 16. April befassen.

Nach der vom Verfassungsausschuss in erster Lesung beschlossenen Fassung des Abschnittes „Allgemeines“ erhält das neue Bundesland den Namen „Baden-Württemberg“. Diese Bezeichnung war in allen drei Entwürfen vorgeschlagen worden. Die endgültige Namensgebung soll der Verfassung vorbehalten bleiben. Die Verfassungsgebende Landesversammlung nimmt der Fassung dieses Abschnittes zufolge die Aufgaben eines Landtages wahr. Auch darüber hatte in den drei Parteienentwürfen Übereinstimmung bestanden. Die Regierungen und die Landtage der bisherigen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden sollen mit der Bildung des neuen Bundeslandes zu bestehen aufhören.

Die vorläufige Regierung

Die vorläufige Regierung des neuen Bundeslandes besteht nach der vom Ausschuss in erster Lesung beschlossenen Fassung des entsprechenden Abschnittes aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern. Staatssekretäre können ernannt werden. Sie sind Mitglieder der vorläufigen Regierung, haben aber kein Stimmrecht. Das Gnadenrecht steht der vorläufigen Regierung zu. Der Ministerpräsident hat das Recht, Beamte zu ernennen. Die Bestimmung des CDU-Entwurfes, daß die Zusammensetzung der Regierung landmannschaftlich ausgeglichen sein soll, wurde in die neue Fassung des Abschnittes nicht aufgenommen. Diese Forderung soll eventuell noch in einem Gesetz festzulegt werden. Die Aus-

**GROSS
FORMAT**

LUX
MAGNUM

**MEHR
QUANTITÄT
MEHR
QUALITÄT***

*Das Großformat hat die Eigenschaft, das Tabakaroma hochqualifizierter Mischungen zu letzter Entfaltung zu steigern. So bietet die Lux nicht nur ein mengenmäßiges, sondern vor allem auch ein qualitatives Mehr.

ständigkeitsbereich der vorläufigen Regierung geregelt.

Der Verfassungsausschuss verabschiedete ferner in erster Lesung die Abschnitte Gesetzgebung, Rechtspflege und Finanzen. In diesen Abschnitten hatten die drei Entwürfe inhaltlich kaum von einander abgewichen.

Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Staatspräsident Dr. Müller, erklärte nach der Sitzung vor der Presse, die Mitglieder des Ausschusses hätten sich rege an der Debatte beteiligt. Die Verhandlungen seien sehr gut vorangegangen. Von den 30 bis 33 Artikeln, die die drei Entwürfe umfaßten, hätten in der ersten Sitzung rund 25 behandelt werden können. Die Behandlung der schwierigen Frage der Mittelinstanzen stehe allerdings noch bevor. Dr. Müller betonte, daß über verschiedene Fragen, so über die Ausübung des Gnadenrechts, von den Fraktionen uneinheitlich abgestimmt worden sei.

DG-BHE ficht Wahl vom 9. März an

Es geht um die Fünf-Prozent-Klausel

Stuttgart (Isw). Die Deutsche Gemeinschaft-BHE in Württemberg-Baden hat beim Präsidenten der Verfassungsgebenden Landesversammlung Süddeutschlands die Wahl zur Landesversammlung vom 9. März dieses Jahres angefochten. Außerdem hat die Partei beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden gegen die Wahl in Württemberg-Baden zum ersten Bundestag eingereicht.

Die Wahlanfechtung wird vor allem damit begründet, daß der politische Wille der Wähler durch die Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel verfälscht und damit eine Reihe von Grundrechten verletzt werde. Die 84 026 Stimmen, die für die DG-BHE am 9. März abgegeben worden seien (4,918 Prozent der abgegebenen Gesamtstimmen), hätten nicht Abgeordnetensitze für die DG-BHE, sondern für andere Parteien ergeben, für die diese Wähler nicht gestimmt hätten.

Außerdem wird die Wahlanfechtung darauf gestützt, daß laut Zeugenaussagen in den Wahlkreisen Ludwigsburg I und II, Heidenheim und Sinsheim die Kandidaten des BHE in den Kreisdelegiertenversammlungen nicht in geheimer Wahl, wie es das Wahlgesetz vorschreibt, sondern durch Handaufheben gewählt worden seien. Die DG-BHE will durch die Wahlanfechtung, die Rechtsanwalt Dr.

Rudhüberle ausgearbeitet hat, erreichen, daß die Mandate der Verfassungsgebenden Landesversammlung unter Nichtanwendung der Fünf-Prozent-Klausel und unter Berücksichtigung der Ungültigkeit der BHE-Stimmen neu verteilt werden.

Die Verfassungsbeschwerden der DG-BHE beim Bundesverfassungsgericht als Rechtsnachfolgerin der „Notgemeinschaft“ geht darauf hinaus, daß das Bundesverfassungsgericht die Wahl in Württemberg-Baden für ungültig erklärt und Neuwahlen anordnet, weil die „Notgemeinschaft“ als politische Partei zu den Landesergänzungswahlen bei der Bundestagswahl von 1949 nicht zugelassen war und weil eine Reihe von Grundrechten als verletzt angesehen wird.

Innerhalb der DG-BHE ist vor kurzem ein achtköpfiger Aktionsausschuss gebildet worden, der die Parteiarbeit aktivieren soll. Dem Ausschuss gehören Professor Dr. Erik von Sievers als Vorsitzender sowie Bundestagsabgeordneter Dr. Oit, die Landtagsabgeordneten Haun, Löhner, Dr. Rudhüberle, Möller, der Landesgeschäftsführer der DG-BHE, Fischer, und der Kandidat der DG-BHE bei der Wahl am 9. März im Wahlkreis Sinsheim, Franz Ludwig, an. Der Landesvorsitzende der DG-BHE, Dr. Mattes, ist in diesem Ausschuss nicht vertreten.

„Grüne Union“ soll unabhängig werden

Gewerkschaften befürworten den Plan

Die an der vorbereitenden Konferenz für die Schaffung einer europäischen Landwirtschaftsunion teilnehmenden Delegierten kamen überein, die geplante neue Organisation als selbständige Körperschaft zu errichten...

Der erste Vorsitzende des DGB, Christian Fette, sagte auf dem Gewerkschaftstag Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die Gewerkschaften stünden dem Plan einer europäischen Agrar-Union unter bestimmten Voraussetzungen positiv gegenüber...

Fette verlangte von der Bundesregierung eine weltweite Agrarpolitik, wobei die landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik besonders berücksichtigt werden müßten. Eine autarke Agrarpolitik lehnte der Gewerkschaftsvorsitzende ab...

Bilanz des Einzelhandels für 1951

28,8 Milliarden DM Umsatz — Erfahrungen und Ziele

Der westdeutsche Einzelhandel konnte nach einem von der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“ veröffentlichten Arbeitsbericht für das Jahr 1951 in seinem mehr als 300 000 Betrieben einen Umsatz von 28,8 Milliarden DM erzielen...

Die sehr aktive Mitwirkung des Einzelhandels habe im Bereich der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung wiederholt zu Erfolgen geführt, heißt es in dem Bericht weiter. Insbesondere habe sich die Hauptgemeinschaft für die Interessen der kleineren und mittleren Unternehmen eingesetzt...

Als vordringlichsten Wunsch des Einzelhandels bezeichnet der Bericht eine für das gesamte Bundesgebiet einheitliche gesetzliche Regelung der Gewerbezulassung. Zu den weiteren Forderungen gehört das Verbot des Werk- und Behördenhandels, der dem Staat zur Zeit einen Steuerausfall von 150 Millionen DM kostet...

Zur Gewerbfreiheit in Süddeutschland stellt der Geschäftsbericht fest, es dürfe als ein Verdienst der amerikanischen Besatzungsmacht angesehen werden, daß sie durch die Einführung der totalen Gewerbfreiheit den Beweis dafür ermöglicht hat, wohin Wirtschaft und Verbraucher kommen, wenn man die traditionsreiche kaufmännische Tätigkeit zu der Funktion von Gelegenheitsarbeitern degradiert...

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Am Sonntag: VfB gegen „Club“ Süddeutsche Meisterschaft wird in Stuttgart entschieden

Die süddeutsche Fußballmeisterschaft wird am letzten Spieltag am Sonntag Neckarstadion entschieden. Hier prallen der Spitzenreiter 1. FC Nürnberg, einfacher süddeutscher und siebenfacher deutscher Meister und der mit einem Punkt Rückstand hinter dem „Club“ liegende VfB Stuttgart, der je einmal deutscher und süddeutscher Meister war, aufeinander...

Offen ist auch die Frage, wer den VfL Neckarau in die 2. Liga Süd begleiten muß. Schwaben Augsburg muß in seinen drei noch ausstehenden Spielen mindestens sechs Punkte erkämpfen. Der Spießauschlag des Süddeutschen Fußballverbandes hat das für kommenden Sonntag vorgesehene Spiel Eintracht Frankfurt gegen Schweinfurt 05 wieder vom Spielprogramm abgesetzt...

In der süddeutschen 1. Liga sind nach dem letzten Spieltag am 5./6. April dann nur noch die ausgefallenen Spiele FSV Frankfurt gegen VfL Neckarau, Kickers Offenbach — Schwaben Augsburg und Schwaben Augsburg — Bayern München nachzuholen.

Es spielen: VfR Mannheim — Bayern München, 1899 München — SV Waldhof, VfB Stuttgart gegen 1. FC Nürnberg, SpVgg. Fürth — Stuttgarter Kickers, VfL Neckarau — Schwaben Augsburg, VfB Mühlburg — Viktoria Aschaffenburg, Kickers Offenbach — FSV Frankfurt.

BCA vor sicheren Heimsiegen

Neben Ulm hat Augsburg beste Aussichten. Wer wird die TSG Ulm 46 in die Oberliga begleiten? Diese Frage beherrschte seit Wochen die 2. Liga Süd. Die Antwort darauf wird sich noch weiter hinausziehen. Die besten Aussichten hat der BC Augsburg, der in seinen noch ausstehenden Heimspielen genug Punkte sammeln sollte...

Es spielen: ASV Feudenheim — SV Wiesbaden, SSV Reutlingen — Jahn Regensburg, 1. FC Pforzheim — 1. FC Bamberg, VfR Aalen — FC Singen 04, Wacker München — Freiburger FC, BC Auesburg — TSV Straubing, Hessen Kassel gegen...

Frankenthal ohne Hoffnung Chancen für Neustadt und VfR Kaiserslautern

Nachdem am letzten Sonntag sämtliche Spiele der Oberliga Südwest dem schlechten Wetter zum Opfer fielen, wird das Programm am kommenden Sonntag mit sechs Meisterschaftsbegegnungen fortgesetzt. Von den fünf vom Abstieg bedrohten Vereinen haben der VfR Kaiserslautern und der VfL Neustadt gegen Mainz 05 und Wormatia Worms beste Gelegenheit, sich in Sicherheit zu bringen...

Es spielen: VfL Neustadt — Wormatia Worms, VfR Kaiserslautern — Mainz 05, VfR Frankenthal — 1. FC Saarbrücken, SpVgg. Weisau gegen Eintracht Trier, Tura Ludwigshafen gegen, FC Engers, FK Pirmasens — Borussia Neunkirchen, Privat: ASV Landau — 1. FC Kaiserslautern.

Schwetzingen beendet die Punktspiele

In der nordbadischen Fußball-Amateurliga stehen sich mit Ausnahme des spielreife FC Birkenfeld am Wochenende alle Mannschaften im Kampf um die Punkte gegenüber. Der SV Schwetzingen trägt sein letztes Pflichtspiel aus, das die Ehre auf eigenem Platz gegen den FC Kirrlach für sich entscheiden sollte. Der Kirrlacher Fußballverein erwartet bereits am Samstag die Vierheimer Amicitia und möchte hierbei gleichfalls zu einem sicheren Erfolg kommen...

Zwei Aufstiegssteilnehmer ermittelt

Erst zwei der fünf an den Aufstiegsjahren zur 1. Amateurliga teilnahmeberechtigten Meister stehen in den Staffeln der 2. Amateurliga fest. Nach dem VfB Kniezingen (Mittelbaden) qualifizierte sich der VfB Bruchsal (Mittelbaden II) in Mannheim 1 benötigte Vorjahresreiter SC Kirchheim noch zwei Punkte zum endgültigen Titelgewinn...

Vertragsspielervereine erklären Pokal-Modus Der Spielauerschluss des Süddeutschen Fußballverbandes wird am kommenden Samstag zusammen mit den Vertretern der Vertragsspielervereine Süddeutschlands, die am Pokal teilzunehmen wünschen, in Fellbach endgültig den Austragungsmodus des Pokals besprechen.

Frischaut jetzt gegen VfR Mannheim 2. Spieltag der südd. Handballmeisterschaft

Am zweiten Spieltag der süddeutschen Handballmeisterschaft tritt der Titelverteidiger Frischaut Göppingen zum erstenmal zu Hause an. Gegner ist der badische Meister VfR Mannheim. Göppingens Handballer gelten als Favoriten.

Sie mußten auch dieses Spiel gewinnen und damit die Spitze behaupten. Völlig offen ist die Begegnung in Dietzenbach, wo Bayerns Meister, der 1. FC Nürnberg, seine Karte abgibt.

Es spielen: Frischaut Göppingen — VfR Mannheim, SG Dietzenbach — 1. FC Nürnberg.

Zwei Nachholspiele im Handball

In der nordbadischen Handball-Verbandsliga finden am kommenden Sonntag zwei Nachholspiele statt. Dabei kommt dem Treffen Birkenau gegen St. Leon insofern einige Bedeutung zu, als St. Leon unbedingt beide Punkte gewinnen muß, wenn der Ki...-Verbleib sicherzustellen soll. Ketsch müßte sich auf eigenem Platz gegen den Tabellenletzten SV Waldhof glatt durchsetzen.

Es spielen: SpVgg. Ketsch — SV Waldhof, KSG Birkenau — SG St. Leon.

Jimmy Carter bleibt Weltmeister

Der Box-Weltmeister im Leichtgewicht Jimmy Carter verteidigte am Dienstagabend in Los Angeles seinen Titel erfolgreich durch einen verdienten Punktsieg über Lauro Salas. Der Kampf ging über 15 Runden.

Deutsche Hallen-Schwimmmeisterschaft Eine vorolympische Ausscheidung

Am Wochenende versammelt sich die Schwimmelite im Münchner Nordbad. Es geht um deutsche Meistertitel. Dieses Fest der Schwimmer soll gleichzeitig eine vorolympische Ausscheidung für Helsinki sein. Da nur wenige „Fahrkarten“ für die Olympischen Spiele zur Verfügung stehen, kann man mit spannenden Kämpfen rechnen. Die Ergebnisse vor München werden zeigen, wie groß noch der Abstieg zu den Franzosen, Ungarn ist, ganz zu schweigen von den Japanern und Amerikanern. Es erscheint sicher, daß auf der „schnellen“ Müncher Bahn einige Jahresbestleistungen erzielt werden. Über 170 Meldungen wurden für die Einzel- und Staffeltitel sowie das Wasserspringen abgegeben.

Im 100 m Kraul dürfte der Braunschweiger Werner Ditzinger kaum zu schlagen sein. Über 200 m und 400 m Kraul ist Europameister Lehmann hoher Favorit und wird wohl kaum bezwungen werden. Über 100 m und 200 m Rücken wird sich das Trio Schuster (Berlin), Henschke (Ruhrtal) und Kristen (Bielefeld) ein erbittertes Stellduell geben. In den Bruststrecken über 100 m und 200 m ist der „Schmetterlingkönig“ Herbert Klein nicht zu schlagen. Hinner Klein wird es Walter Klinge schwer haben, den nachdrängenden Nachwuchs (Deuerlein, Pfersdorff) und einige alte Routiniers (Laskowski) abzuwehren. Die Staffeln über 4x100 m Kraul und 4x100 m Brust sind wie immer offen, nachdem der rührmüde MTV Braunschweig seine besten Kräfte verloren hat. Das Kunstspringen wird sich Europameister Hans Aderhold wohl nicht nehmen lassen, ebenso wie Europameister Günther Haase im Turmspringen zu schlagen ist. Der Berliner Sobek wird im Schat'n dieser Meisterkinner stehen.

Deutsche Turner-Elite in Heidelberg

24 Turner der Spitzenklasse erhielten eine Einladung zum ersten der vier Olympia-Prüfungsturnen, das am 5./6. April in der Heidelberger Stadthalle stattfindet. Drei Turner die schon 1938 unter dem Ersten waren Schwarzmann, Stadel und Stangl, wollen sich diesmal dabei sein. Ihr Kampf mit der jungen Generation, die durch Bantz, Dickhut, Kiefer, Overwien und die Zwillinge Wiem am besten vertreten wird, kann als sportliches Ereignis gelten. Etwa zehn Kandidaten sollen in Heidelberg ausgeschieden werden. Die meisten Aussichten, im Rennen zu bleiben, haben außer den genannten neun Turnern noch: Gauch, Nieling, Pfann, Kropf, Frenger und Schnepf. In Heidelberg wird erstmals der Zwicklkampft geturnt, nachdem die Pflichtübungen bisher in den Lehrgängen zur Geltung waren. In diesen sechs Pflichtübungen, von denen die an den Ringen, am Pauschenpferd und an den meisten geführt sind, sollte die Entscheidung fallen, denn im Kürturnen sind sich die Besten nahezu ebenbürtig. Auf Grund seines großen Sieges in Helsinki hat Friede Overwien-Essen eine gewisse Favoritenstellung bezogen, doch müssen Helmut Bantz-Langefeld, Adalbert Dickhut-Klein und Theo Wierfeld-Stuttgart, falls seine Verletzung ausgeheilt ist, ebenso stark beachtet werden. Jakob Kiefer wird kaum den ganzen Zwicklkampf bestreiten, da seine Ellbogenverletzung ihm noch nicht den vollen Einsatz ermöglicht.

Als eine der letzten Wintersportveranstaltungen im Schwarzwald findet am kommenden Sonntag auf dem Feldberg der Leal-Wagner-Gedächtnislauf statt.

ROLAND BETSCH Narren im Schnee

Copyright by G. Grote-Verlag, Hamm

Da haben auch schon einige die Skistiefel angezogen und schnallen die langen Latten an. Manche kommen in Smoking und Störche und haben die Bretter an den Füßen. Biller bringt eine Autobuße. Kein anderer als Biller, der Bär, spannt sich vor den Gurt. Andere greifen nach den Lenkgurten und schon geht es über die glitzernde Fläche in die weiße Nacht hinaus. Sie kommen an den stark geneigten Hang „Schuß!“ brüllt Biller und legt sich ins Zeug. Brausend und stiebend kommen sie in Fahrt. Auf dem Schlitzen liegt Dorothee, flankiert von qualmenden, feuerspolenden Fackeln ist die lustige Last. So jagen sie, ein wildes Heer der winterlichen Frostnacht, durch den aufwolkenden Schnee in die Stille der Landschaft hinein. Nolde fährt mit seinem Schlitzen planlos die gebahnte Fahrstraße entlang durch die Hochwälder. Müde trottet das Pferd, Schlitzen geläut liegt kristallklar in der Nacht. Nolde ist halb verwirrt im Kopf. Was hat denn diese Frau aus ihm gemacht, er weiß es ja selbst nicht. Kommt so ein Hase daher und wirbelt einer Kanone den Verstand durcheinander. Er läßt den Kopf baumeln und starrt vor sich hin in die schlafende, schimmernde Nacht. Ein feines Säusen zieht zwischen den dunklen Stämmen dahin. Manchmal rieselt es glitzernd von schaukelnden Ästen. Über ihm glänzt das Geschmeide des Himmels. Bei der Kreuzung, wo die Straße ins Tal führt, hält Nolde das Pferd Felix an. Da stehen sie jetzt in der lastenden Stille und wissen keinen Weg und keinen Ausweg.

„Ich habe zuviel getrunken“, sagt Nolde vor sich hin und schließt die Augen. Das Pferd Felix wendet allein mit dem Schlitzen. Welchen Sinn hat es, denkt das Pferd Felix und folgt seinem Stallknecht. Nolde schreckt hoch. Wü, ruft er halb im Schlaf. Langsam fährt er zurück. Reue plagt ihn, daß er nicht gewartet, daß er Dorothee im Stich gelassen hat. Er kommt wieder zum Tannenhof und findet alles dunkel und still. In einigen Zimmern oben brennt noch Licht. Der Bernhardiner schlägt an. Zu spät. Das tolle Fest ist zu Ende. Die Landschaft schläft. Menschen schlafen. Menschen wachen. Menschen liegen in Träumen. Nur das Rätsel ist ewig wach. Und die Zeit ist auf Wanderschaft. Nolde fährt nach Hause. Auch im Gipfelblick ist alles ruhig und vom Schlaf überfallen. Er spannt aus läßt den Schlitzen stehen und bringt das Pferd Felix in den Stall. „Felix, wie sonderbar ist das alles.“ Er kommt zurück und will durch die hintere Tür ins Haus hinein. Da sieht er seine Latten im Schnee stecken; nebenan die Stöcke. Nolde denkt nichts, er ist viel zu zerschlagen; was sollte er denken. Er schnallt an, nimmt die Stöcke und bleibt noch eine Weile stehen. Zum Klumpen geballt wuchtet das alte Haus in der Nacht. Ich bin ja in meiner Sportkluft, denkt er noch: Skistiefel und Skihosen; Wollwieser und Windjacke; und Mütze. Hundekalt ist es übrigens, wirklich hundekalt. Unmöglich kann ich schlafen, denkt er in aufdringlicher Folge. Dann zieht er ab, durch den gefrorenen, knisternden Schnee. Mitten in die wandernde Nacht hinein geht Nolde. Über ihm blühen noch die vielen Sterne, es ist ein zauberhaftes Glitzern am Himmel. Kommt nicht schon graues Licht vom Osten? Ist am Ende der Morgen schon im Heraufdämmern? Hundemäßig kalt.

Er geht im Paßschritt in ein rhythmisches Langlauftempo über. So gewinnt er stetig an Höhe und kommt bald in den schneeverponnenen Hochwald. Außerdem ist mir das Mädel furchbar gleichgültig; ich bin schließlich nicht auf der Welt, um auf die unsterblichen Hasen aufzuspähen. Ungeheuer einsam ist die Waldernacht. Manchmal werden verborgene Stimmen laut. Die Stämme sind lebendig. Die Stämme sind Geschöpfe und scheinen mit angehaltenem Atem zu lauern. Manchmal rufen die Stämme, mitten aus dem Schlaf heraus. Hier führt keine Spur. Der Schnee liegt hoch und pulverig; er ist wie Samt und Wärm; man kann tief in diesen Schnee sinken. Man könnte schlafen in diesem Schnee. Schrankkoffer und Leopardenfell. Vermummte Herkunft; fremdes Wachs auf den Latten. Alle hinter ihr her, als ob sie aus dem Panoptikum entsprungen wäre. Und läuft Ski, daß man die Gänsehaut nicht mehr los wird. Ha ha ha! Steht auf den Hickorybrettern wie die Großmutter auf Stelzen. Oh, ha ha ha! Immer weiter durch den Wald bergan. Es ist wahrhaftig schon grau zwischen den Stämmen. Wieder mal eine Nacht um die Ohren geschlagen. Schwarzer Meister, hat sie einmal zu mir gesagt; an meine Seite, schwarzer Meister. So und nicht anders hat sie gesagt. Oh, den dicksten Pappschnee über das Gewächs! Er gewinnt die freie Lichtung und spurt, von einem formlosen Drang besessen, nach dem jenseitigen Hang hinüber, der zur alten Hütte führt. Außerdem lauert ein Mannsbild im Verborgenen. Merkwürdiger Freund muß das sein, der sich verbirgt; ho, ho, wir danken bestens. Hält sich versteckt wie ein Hühnerdieb. Am Ende steigt er nachts zu ihr durchs Fenster, alles möglich. Noch ist das Blickfeld nicht klar, es ist

dämmrig und grau und schattenverhangen. Nachts durchs Fenster steigen, das würde gerade noch fehlen! Nolde schneidet den Hang an und kommt zur steilen Rinne, durch die im Sommer der Gleißbach stürzt. Nolde bleibt stehen, denn es liegt plötzlich etwas Unerhörtes in der Luft. Irgendein Ereignis haucht ihm entgegen. Da jagt es lautlos und wie ein getriebenes Gespenst an ihm vorüber. In einer grauen Wolke von Schnee, magisch bewegt, ein unheimlicher Schatten, so verschwindet das Gespenst in der Tiefe. Halb erstarrt steht Nolde. Was ist ein Traum, ein Spiegelbild der Höhe? Hat er zuviel Wein getrunken? Er faßt sich an den Kopf und betastet prüfend seinen Körper. Kein Zweifel, er ist wach; nein, er träumt nicht. So kann kein Mensch träumen. Was ist denn geschehen? Er steigt die enge Rinne hinauf und sieht im fahlen Grau des heraufkommenden Morgens die frische Spur. Eine prachtvolle Spur. Eng, ausgeglichene, beherrscht. Bombenstand. Aus der Höhe, von der silberigen Kuppe herunter kommt die Spur. Dort sind zwei fabelhafte Schwünge eingeschaltet. Tod und Katzenreck! Im Schuß über den Stielhang; unten wieder einige Schwünge; dann in den Wald hinein. Eine klassische Spur. „Bin ich verrückt?“ sagt Nolde laut vor sich hin. Er wendet den Kopf, blickt sich im Kreise um. Im Osten hinter den Wäldern fährt es sich rot. Leichter Ostwind kommt auf. Nolde, ein streifender Wolf mit einer glühenden Unruhe im Blut, steigt weiter und trifft oben im Sattel wieder auf die Spur. Oha, die Spur führt ja zur alten Hütte hinauf! Jetzt beginnt die Sache abenteuerlich zu werden. (Fortsetzung folgt)